

Fronten im Ukraine-Konflikt bleiben verhärtet

Eine Einigung zwischen der Nato auf der einen und Russland auf der anderen Seite ist trotz zahlreicher Gespräche momentan nicht in Sicht.

VON ULF MAUDER, MICHAEL FISCHER, ANDREAS STEIN UND CAN MEREY

MOSKAU/KIEW (dpa) Die Lage in Europa ist auch nach Wochen aufwendiger Krisendiplomatie im Konflikt zwischen Russland und der Ukraine kaum sicherer geworden. Zwar hat Russlands Präsident Wladimir Putin mit einem Truppenaufmarsch an der Grenze zur Ukraine internationale Gespräche zur europäischen Sicherheit erzwungen. Moskau lobt auch erste Signale aus den USA und von den Nato-Staaten, über Russlands Interessen zu sprechen. Aber die Kriegsgefahr gilt weiterhin nicht als gebannt.

Schon seit Langem versucht Putin, sich im Westen Gehör zu verschaffen mit seinen „Sorgen um die Sicherheit Russlands“. Aus Sicht vieler Experten ist ihm das nun erstmals gelungen, indem er die Drohkulisse mit Forderungen nach schriftlichen Sicherheitsgarantien unterlegt. Mit den Kernpunkten seines Katalogs ist er bei der Nato und den USA abgeblitzt. Trotzdem reden die beiden Seiten weiter miteinander.

Der Kremlchef hat immer wieder vor der Nato-Osterweiterung und besonders vor den Gefahren einer US-Raketenabwehr in Europa gewarnt, die russische Militärs als eine „existenzielle Bedrohung“ sehen. Und schon lange beklagt der 69-Jährige, der seit mehr als 20 Jahren an der Macht ist, dass die Nato trotz aller Warnungen immer weiter vorrückt in Richtung Russland. Moskau will das nicht mehr widerstandslos hinnehmen und droht mit militärischen Schritten, die bisher



Das US-Militär verlegt derzeit 1000 Soldaten nebst Panzern und schwerem Gerät vom oberpfälzischen Vilseck nach Rumänien.

FOTO: MICHAEL PROBST/AP PHOTO

nicht näher benannt sind.

Putin machte am Dienstag erneut deutlich, dass er die Nato nicht als friedliches Verteidigungsbündnis sehe. Bei einem Treffen mit Frankreichs Staatschef Emmanuel Macron warnte er offen vor einer Konfrontation Russlands mit der Nato, sollte die Ukraine in dem Bündnis Mitglied werden. „Es wird keine Sieger geben“, sagte Putin.

Auch Macron meinte, dass es bei der aktuellen Krise um mehr gehe als um die Lage im Ukraine-Konflikt. Es gehe um Europas Sicherheit. Darüber reden nun erstmals Russland, die Nato, die USA und die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Es gebe da zwar auch einige positive Signale, sagte Kremlsprecher Dmitri Peskow nach Macrons Besuch. Zufrieden ist Russland mit dem Stand bisher allerdings nicht.

Auch aus westlicher Sicht ist vieles weiter offen – nicht zuletzt die Frage, wie Russland auf die schriftlichen Gesprächsangebote der Nato und der USA reagieren wird. Das Außenministerium in Moskau bekräftigte am Mittwoch, die Analyse der Schriftstücke laufe noch.

Außenminister Sergej Lawrow hatte zudem seine OSZE-Kollegen schriftlich aufgefordert, auf die Grundlagen des Mit- und Nebeneinanders in Europa einzugehen. Demnach könne die Sicherheit eines Landes nicht auf Kosten eines anderen umgesetzt werden. So verlangt Russland nach allen Gesprächen weiter, dass die Ukraine auf das ihr von der Nato zugesprochene Recht auf freie Bünd-

niswahl verzichtet.

Russland sieht selbst eine Schlüsselrolle der USA in den Fragen der Sicherheit in Europa. Unter Präsident Joe Biden setzen die USA im Umgang mit Russland auf eine Mischung aus Diplomatie und Drohungen. Die Schuldfrage in der Krise ist für Washington geklärt: Über alle politischen Lager hinweg gilt Putin als unberechenbarer Aggressor, der die territoriale Integrität der Ukraine bedrohe. Konkret droht Biden für den Fall eines russischen Angriffs auf die Ukraine mit einem Aus für die deutsch-russische Gaspipeline Nord Stream 2 sowie mit weiteren Finanz- und Wirtschaftssanktionen.

„Dieses Mal werden wir ganz oben auf der Eskalationsleiter beginnen und dort bleiben.“
Ein Mitarbeiter der US-Regierung

oben auf der Eskalationsleiter beginnen und dort bleiben“, sagte ein US-Regierungsmitarbeiter. Für den Ernstfall plant die US-Regierung nach ihren Angaben zusätzlich Exportkontrollmaßnahmen, die sich gegen wichtige russische Wirtschaftsbereiche wie Verteidigung oder Luftfahrt richten sollen.

Biden, der in dieser Woche auch Kanzler Olaf Scholz (SPD) empfangen hatte, betont immer wieder, niemand wisse, was genau Putin plane. Das Weiße Haus änderte daher nun die eigene Wortwahl. Sprecherin Jen Psaki sagte, es werde nicht mehr von einem „unmittelbar bevorstehenden“ russischen Einmarsch in die Ukraine gesprochen, weil das suggeriere, die USA hätten Kenntnis von einer Entscheidung Putins.

Zur Sicherheit verlegten die USA aber auf Bidens Anordnung we-

gen der Krise 1700 Soldaten aus den Vereinigten Staaten nach Polen und 300 weitere nach Deutschland. Aus Deutschland wiederum sollen 1000 US-Soldaten nach Rumänien verlegt werden. Insgesamt sind in Europa nach Pentagon-Angaben rund 80 000 US-Soldaten stationiert.

Die Spannungen bleiben weiter hoch. An diesem Donnerstag beginnt in Belarus an den Grenzen zu Polen und zur Ukraine ein großes Militärmanöver. Zwar beteuern die Militärführungen in Moskau und Minsk, die bis 20. Februar angesetzte Übung sei für niemanden eine Gefahr. Trotzdem sehen die Nato und der Westen darin eine Bedrohung.

Geplant sind zudem weitere Gespräche im Ukraine-Konflikt. In Berlin kommen an diesem Donnerstag russische und ukrainische Diplomaten unter deutsch-französischer Vermittlung zusammen, um über eine Lösung zu verhandeln. In der Ostukraine stehen sich Kiews Regierungstruppen und die von Moskau unterstützten Separatisten in den abtrünnigen Teilen der Regionen Luhansk und Donezk gegenüber. Sie werden von russischem Gebiet aus von rund 125 000 Soldaten flankiert, die im Fall eines Angriffs der ukrainischen Seite dort einmarschieren könnten.

Über diese brandgefährliche Situation, die nach Kremlangaben durch einen „Funken“ explodieren könnte, will auch Kanzler Olaf Scholz am kommenden Dienstag mit Putin in Moskau sprechen – und zuvor mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj in Kiew. Dabei dürfte Scholz auch zur Einhaltung des 2015 in Minsk ausgehandelten Friedensplans für die Ostukraine dringen. Das Treffen mit Putin, der schon mit Macron diese Woche fast sechs Stunden verhandelte, dürfte die bisher größte Bewährungsprobe für Scholz werden.

Baerbock holt Greenpeace-Chefin Morgan ins Auswärtige Amt

VON JAN DREBES UND BIRGIT MARSCHALL

BERLIN Jennifer Morgan war bislang bei jeder internationalen Klimakonferenz dabei, seit das jährlich von der Uno ausgerichtete Treffen 1995 in Berlin ins Leben gerufen wurde. Ob als Direktorin der Global Climate Campaign beim World Wildlife Fund (WWF), als Direktorin des Climate Program bei der Washingtoner Denkfabrik World Resources Institute (WRI) oder seit 2016 als Chefin der Umweltschutzorganisation Greenpeace International. Die heute 55-jährige US-Amerikanerin blickt bereits auf eine 30 Jahre lange Karriere im Kampf gegen den Klimawandel zurück. Die studierte Politikwissenschaftlerin und Germanistin ist in Regierungen und Klimaschutzorga-

nisationen so gut vernetzt wie kaum eine andere Person.

Jetzt soll die Aktivistin das Gesicht der deutschen Klimapolitik im Ausland werden. Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) holt Morgan zum 1. März zunächst als Sonderbeauftragte und später als Staatssekretärin für internationale Klimapolitik ins Auswärtige Amt. „Jennifer Morgan wird als Steuerfrau unsere Klima-Außenpolitik lenken, Partnerschaften mit anderen Staaten in der Welt ausbauen und den Dialog mit der Zivilgesellschaft weltweit führen“, sagte Baerbock bei Morgans Vorstellung am Mittwoch in Berlin.

Ob das gutgehen kann? Eine frühere Lobbyistin im Staatsdienst, die noch im November bei der Klimakonferenz in Glasgow scharfe Kritik an den Beschlüssen übte – und auch



Jennifer Morgan soll zunächst Klima-Sonderbeauftragte und nach ihrer Einbürgerung Staatssekretärin für internationale Klimapolitik werden.

FOTO: IMAGO IMAGES

der Bundesregierung wiederholt zu wenig ambitionierte Ziele vorwarf? Für Baerbock kein Widerspruch, sondern vielmehr eine Stärke. „Interessenvertretung ist ein wichtiger

Bestandteil von lebhaften Demokratien.“ Sie kenne weltweit keine zweite Persönlichkeit mit Morgans Expertise, Vernetzung und Glaubwürdigkeit in der internationalen Klimapolitik,

sagte die Außenministerin. „Das ist für mich eine Traumbesetzung und ein wichtiges Signal für den internationalen Klimaschutz.“ Morgan selbst sagte in fließendem Deutsch: „Ja, es gibt die Politik, und die Politik ist wichtig. Aber ohne Bewegung, ohne Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen, ohne Aktivistinnen kriegen wir das nicht hin.“

Doch es gibt ein Problem, weswegen Morgan nicht direkt als Staatssekretärin starten kann: Ihr Einbürgerungsantrag, den sie bereits vor den Wechselplänen ins Auswärtige Amt gestellt hatte, ist noch nicht beschieden worden. Ohne deutsche Staatsbürgerschaft kann sie dieses Amt nicht bekommen, bleibt also bis dahin Sonderbeauftragte.

„Mein politisches Herz schlägt ganz für Deutschland“, sagte Morg-

an. Sie lebe seit 2003 hier. „Das ist meine Heimat. Und ich bin Berlinerin.“ Ihr Vater lebt in den USA, Morgan ist im US-Bundesstaat New Jersey geboren. Sie hat aber auch Verwandte in Deutschland, zeigte sich stolz über Wurzeln in einer Bäckersfamilie aus Münster.

Doch Morgans Personalie zieht viel Kritik auf sich. Ihr Start wird von Zweifeln begleitet sein, wenn sie zuerst nach Brüssel und Paris reisen und im November Deutschland bei der UN-Klimakonferenz in Ägypten vertreten wird. Die Unionsfraktion tobte bereits jetzt: „Es ist bemerkenswert, dass gerade eine grüne Bundesministerin die Grenzen zwischen Staatlichkeit und Lobbyismus so leichtfertig überspringt“, erklärte der außenpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Jürgen Hardt (CDU).

Kritik an Brief des emeritierten Papstes Benedikt XVI. reißt nicht ab

ROM/MÜNCHEN (dpa) Deutsche Katholiken und sogar Bischöfe sind vom „Mea Culpa“ von Benedikt XVI. in der Missbrauchsdebatte enttäuscht. „Ich befürchte, dass die Erklärung den Betroffenen in ihrem Aufarbeitungsprozess wenig weiterhelfen kann“, sagte der Essener Bischof Franz-Josef Overbeck der katholischen Zeitung Neues Ruhrwort. Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZDK) wertete die Ausföhrung des 94-Jährigen vom Dienstag als zu vage und allgemein. „Die Empathie gegenüber den Betroffenen fehlt“, sagte ZDK-Präsidentin Irme Stetter-Karp den Zeitungen der Funke-Mediengruppe.

In dem Gutachten um jahrzehntelangen Missbrauch von Kindern

und Jugendlichen in der katholischen Kirche wird Benedikt aus seiner Zeit als Erzbischof von München und Freising (1977-1982) Fehlverhalten vorgeworfen. Für Empörung sorgte, dass er in seiner Stellungnahme für das Gutachten abstrikt, an einer brisanten Sitzung 1980 teilgenommen zu haben. Erst danach hieß es, dass die falschen Angaben ein Malheur seiner Mitarbeiter gewesen seien.

Benedikt hatte das in einem am Dienstag veröffentlichten Brief bereits bedauert und sich gegen den Vorwurf der Lüge gewehrt. Zugleich er die Opfer, die an seinen Einsatzorten sexuellen Missbrauch durch Geistliche erlebt hatten, um Entschuldigung.

Weil die Bitte um Verzeihung sehr generell gehalten war, reißt die Kritik nicht ab. „Besorgt nehme ich wahr, dass Betroffene sexueller Gewalt in ihren Rückmeldungen an unseren Interventionsbeauftragten enttäuscht und teilweise auch enttäuscht auf die Äußerungen des früheren Papstes zu seiner Zeit als Erzbischof von München und Freising reagiert haben“, berichtete Bischof Overbeck. Er ist einer der wenigen deutschen Bischöfe, die sich bislang zu dem Papst-Brief positioniert haben.

Benedikt, der frühere Kardinal Joseph Ratzinger, weist konkrete Verbat er die Opfer, die an seinen Einsatzorten sexuellen Missbrauch durch Geistliche erlebt hatten, um Entschuldigung.

Zahl der Abschiebungen 2021 etwas höher als im ersten Corona-Jahr

BERLIN (dpa) Aus Deutschland sind auch 2021 deutlich weniger Menschen abgeschoben worden als in den Jahren vor der Corona-Pandemie, aber mehr als 2020. Wie das Bundesinnenministerium auf Anfrage mitteilte, gab es im vergangenen Jahr 11 982 Abschiebungen. Im Jahr 2020, das noch stärker von Einschränkungen im internationalen Reiseverkehr geprägt war, hatten deutsche Behörden 10 800 Abschiebungen organisiert und vollzogen. Zum Vergleich: 2019 waren es knapp 22 100 Abschiebungen gewesen.

Laut Ministerium gingen die meisten Abschiebungen per Flugzeug im vergangenen Jahr nach Georgien und Albanien. Nach Georgien wurden 1116 Ausreisepflichtige

gebracht, nach Albanien wurden 908 Menschen ausgeflogen.

In 470 Fällen wurden Menschen, die aus Syrien stammen und sich unrechtmäßig in Deutschland aufhielten, abgeschoben – allerdings nicht nach Syrien. Die Bundesregierung stellte erst kürzlich in einer Antwort auf eine Anfrage der Linksfraktion fest, eine Rückkehr syrischer Staatsbürger in ihr Herkunftsland komme nur auf freiwilliger Basis infrage. Jeweils rund 400 Abschiebungen wurden im vergangenen Jahr organisiert, um Menschen, die aus der Türkei oder dem Kosovo stammen, außer Landes zu bringen.

Im Koalitionsvertrag von SPD, FDP und Grünen heißt es: „Wir

starten eine Rückführungsoffensive, um Ausreisen konsequenter umzusetzen, insbesondere die Abschiebung von Straftätern und Gefährdern.“ Zudem sollen Migrationsabkommen mit wichtigen Herkunftsländern vereinbart werden. Zur Gestaltung dieser Abkommen werde die Bundesregierung einen Sonderbevollmächtigten einsetzen. Eine Einigung darüber, in welchem Ministerium dieser neue Posten angesiedelt sein soll und wer diese Funktion bekleidet, haben die Koalitionäre bislang allerdings noch nicht erzielt.

Produktion dieser Seite:

David Seel
Frauke Scholl